

A n t r a g

der Fraktion der AfD

Keine Gendersprache an Thüringer Schulen – Landtagsbeschluss konsequent umsetzen

- I. Der Landtag stellt fest, dass
 1. eine überwältigende Mehrheit der Bundesbürger die Verwendung der sogenannten Gendersprache ablehnt, wie durch repräsentative Umfragen wiederholt ermittelt wurde;
 2. die Thüringer Schulen nicht als gesellschaftspolitisches Experimentierfeld zur Durchsetzung der sogenannten Gendersprache fungieren dürfen;
 3. an Thüringer Schulen in Übereinstimmung mit dem Landtagsbeschluss in der Drucksache 7/6672 keine staatlich verordnete Durchsetzung eines bestimmten Sprachgebrauchs erfolgen darf.
- II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
 1. von der Aufnahme von Lehr- und Lernmitteln, welche die sogenannte Gendersprache benutzen, in den Thüringer Schulbuchkatalog abzusehen;
 2. die Thüringer Lehr- und Lernmittelverordnung insoweit anzupassen, dass die Nutzung von Lehr- und Lernmitteln in sogenannter Gendersprache unzulässig ist;
 3. dafür zu sorgen, dass im Unterricht an Thüringer Schulen allein entsprechend den bewährten Regeln des deutschen Sprachgebrauchs und ohne Anwendung der sogenannten Gendersprache gesprochen, gelesen und geschrieben wird.

Begründung:

Seit mehreren Jahren betreiben unter anderem Regierungen in Bund und Ländern sowie der öffentlich-rechtliche Rundfunk und große Medienkonzerne die Durchsetzung der sogenannten gendergerechten Sprache. Wohl wissend, dass die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung die Gendersprache ablehnt, wird versucht, diese als neue Normalität im allgemeinen Sprachgebrauch zu etablieren. Ein primäres Ziel derartiger Kampagnen ist das staatliche Schulwesen, da dieses als wesentliche Erziehungs- und Bildungsstätte signifikanten Einfluss auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen hat.

Derartige Bemühungen übergehen dabei nicht nur den Willen der Bevölkerungsmehrheit, sondern auch den eigentlichen Auftrag schulischer Bildung. Sprache ist der Schlüssel zur Welt. Das sichere Erlernen des Lesens, Schreibens, Zuhörens und Sprechens bedingt nicht nur gesellschaftliche Teilhabe oder zukünftige Berufschancen, sondern sie sind grundlegend, um die Fähigkeit zu logischem, strukturiertem Denken zu

entwickeln und Gedanken auch auszudrücken. Es ist nachgewiesen, dass Texte, die in sogenannter Gendersprache verfasst sind, für Kinder und Jugendliche oft nahezu unlesbar und unverständlich sind. Die Verwendung derartiger Lehrmittel wirkt sich damit schädigend auf das Erlernen der grundlegendsten Fähigkeiten aus. Gerade vor dem Hintergrund kontinuierlich sinkender Deutschleistungen, wie sie unter anderem der IQB-Bildungstrend nunmehr seit Jahren feststellt, ist eine derartige Bildungspolitik unverantwortlich.

Der Landtag hat die Landesregierung in seinem Beschluss in der Drucksache 7/6672 bereits aufgefordert, „in schulischen Einrichtungen einen einheitlichen Sprachgebrauch auf der Grundlage des amtlichen Regelwerks der deutschen Rechtschreibung ohne Anwendung der sogenannten Gendersprache konsequent umzusetzen und dafür Sorge zu tragen, dass an Hochschulen, Schulen und sonstigen staatlichen Bildungseinrichtungen Prüfungsleistungen nicht schlechter bewertet werden, wenn sie entsprechend dem amtlichen Regelwerk der deutschen Rechtschreibung verfasst“ sind. Diese Aufforderung des Landtags wurde bisher ignoriert und nicht umgesetzt. Es liegt in der Verantwortung der neuen Landesregierung, dem politischen Willen des Landtags und der Mehrheit der Bevölkerung zum Wohle der Schüler in Thüringen nachzukommen.

Für die Fraktion:

Braga